
Services

Bieler Tagblatt



10° / 20°

Hauptmenü

BIELER STADTRAT 24.10.2013, 23:20

Erfolg für die Jugend - Niederlage für Steuererhöhung

Aufatmen für AJZ und X-Project: Der Stadtrat hat die Subventionen für die beiden Institutionen viel weniger stark gekürzt als angekündigt. Das Budget kommt ohne Steuererhöhung vors Volk.

Bildergalerie



"Bienne bouge" - das Protestfest im Oktober 2013

WEITERES ZUM THEMA

Steuern in Biel werden nicht erhöht

Stadtrat Biel Budget: Das Bieler Parlament diskutierte das Budget für das Jahr 2014

(j1) Mit dem Fest am Mittwoch Abend auf dem Rosiusplatz haben die Bieler Jugendlichen ein Zeichen gesetzt. Die Aktion der Verantwortlichen des X-Projects und des AJZ ist von vielen Stadträten positiv gewürdigt worden - nicht nur mit Worten. Für beide Organisationen sprach er höhere Beiträge als ursprünglich vorgeschlagen.

Die Zustimmung kam zustande, weil die Grünliberalen beiden Institutionen ihre volle Unterstützung aussprachen. "Sie leisten einen wichtigen Beitrag an die Integration der Jugendlichen", sagte Max Wiher (GLP). Junge könnten sich dort einbringen und Verantwortung übernehmen. Zudem waren auch die Bürgerlichen unter Zugzwang, nachdem der Rat ihnen am Mittwoch half, die

Subventionen für das Schachfestival zu retten. "Wir betrachten den Beitrag an das AJZ als Investition in die Jungen", sagte Stefan Kaufmann für die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU. Beim X-Project enthielt sich die Fraktion allerdings dem Votum. Dennoch reichte es für eine Mehrheit: Das X-Project erhält nächstes Jahr 70'000 Franken mehr als ursprünglich vorgesehen, das AJZ 90'000 Franken statt den angekündigten 50'000.

Einzig die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wehrte sich gegen die Vorschläge. Allerdings stellte ihr Sprecher Pascal Fischer bereits zu Beginn der gestrigen Sitzung klar, dass sie alle eigenen Sparvorschläge zurückziehen und das Budget ablehnen werden.

Eva Berger

Die Parlamentarier wurden gestern zum zweiten Teil der Budget-Sitzung deutlich ruhiger empfangen als noch am Vortag. Vom Aufmarsch der Sympathisanten des Autonomen Jugendzentrums (AJZ) und X-Project war nichts mehr zu sehen. Lange noch bevor der Stadtrat die Sitzung in der Nacht auf gestern unterbrochen hatte, war der Rosius-Platz wieder leer geräumt und sauber, die Demonstration für ein bewegtes, kulturell vielfältiges Biel ohne Probleme und als friedliches Fest über die Bühne gegangen. Sieben Vertreter von «Sicherheit, Intervention, Prävention» (SIP) waren dennoch auch gestern anwesend - «für alle Fälle», wie ein SIP-Mitarbeiter gegenüber dem BT sagte.

Tatsächlich wurden die entsprechenden Subventions-Kürzungen, wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen wurden, auch erst gestern behandelt (siehe Titelseite). Zwar war auch die Tribüne deutlich leerer als am Mittwoch, einen kurzen Szenenapplaus gab es aber von den wenigen Anwesenden, als der Stadtrat den Kompromiss in Sachen AJZ beschloss.

Bereits am Mittwoch angenommen wurde die Fortführung des Stellenwiederbesetzungsmoratoriums, respektive dessen Verlängerung auf sechs Monate für das Jahr 2014. Der Personalverband der Stadt Biel und Vpod Sektion Biel teilten den Stadträten vor der Sitzung per Flugblatt mit, was sie davon halten. «Die Wertschätzung des Personals der Stadt Biel bleibt ein Lippenbekenntnis», hiess es da, gefolgt von einem grossen «Merci» und der Zusicherung, dass das städtische Personal nun wisse, was es den Parlamentariern wert sei.

SVP zog Anträge zurück

Zu Beginn der Budget-Debatte standen noch 110 Änderungsanträge für den Voranschlag 2014 auf der Traktandenliste - Stadtratspräsident Pierre Ogi (PSR) rechnete erst nach Mitternacht vor, dass das Parlament noch weitere neun Stunden zu sitzen habe, wolle man diese alle behandeln. Das blieb gestern aus. Gleich zu Beginn der Debatte stellte Pascal Fischer (Die Eidgenossen) klar, dass die Fraktion SVP/Die Eidgenossen das Budget sowieso ablehnen werde und darum alle ihre Änderungsanträge zurückziehe. Diese machten den ganz grossen Anteil aus. Mit ihren restlichen Vorschlägen bestehe zwar noch ein Sparpotenzial von 120'000 Franken, so Fischer, aber der Stadtrat habe am Mittwoch gezeigt, dass er nicht bereit sei, diese Anträge zu unterstützen.

Tatsächlich war aber auch am Schluss der Mittwochs-Sitzung wegen den Anträgen der SVP/Die Eidgenossen eine gewisse Unruhe aufgekommen: Zu unklar sei jeweils, worüber bei den vielen Anträgen überhaupt abzustimmen sei, wurde moniert. Zudem betrafen einige Vorschläge Posten, die nicht per Stadtratsentscheid aus dem Budget gekippt werden können, sondern beispielsweise eine Reglementsänderung oder die Kündigung von Verträgen erfordert. Gar nicht einverstanden mit dem Vorgehen der Rechten war Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR). Es sei verantwortungslos von der Fraktion, die Debatte zu verweigern, sagte sie. Es liege nicht am mangelnden Sparwillen, dass die Anträge nicht berücksichtigt wurden, sondern schlichtweg daran, dass sie nicht realisierbar seien.

Ärger über Einzelinteressen

Bereits am Mittwoch hatten die Grünliberalen (GLP) angekündigt, dass sie beim Hauslieferdienst sparen wollten – dies als Kompensation für die Sprechung von 125'000 Franken für das Internationale Schachfestival, welche sie zusammen mit der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU unterstützt hatten (entgegen dem Vorschlag des Gemeinderates, der die Subventionen für das Festival gänzlich kürzen wollte). Soweit sollte es nicht kommen, obwohl GLP und Bürgerliche sich mit den Grünen und der SP eine hitzige Debatte lieferten,

zog die GLP den Antrag am Schluss wieder zurück. Von den Befürwortern des Lieferdienstes auf linker Seite, die den sozialen und ökologischen Aspekt des Services herausstrichen, kamen auch Voten, die Missfallen darüber ausdrückten, wie Einzelinteressen von Parteikollegen in die Debatte einfließen - am Mittwoch sei dies beim Schachfestival geschehen (dessen OK-Präsident Stadtrat Peter Bohnenblust ist), jetzt beim Hauslieferdienst, der den Velokurier (das Geschäft eines ehemaligen GLP-Stadtrats) konkurrenzieren.

Keine Chance hatten die Anträge von den Grünen, die gegen die Kürzungen der Subventionen bei «Multimondo», «FemmesTische» und den interkulturellen Übersetzungen waren. Einen Kompromiss gab es dafür bei den Subventionen für die elektronischen Medien: Der Radiosender Canal 3 und Telebielingue sollen entgegen dem Vorschlag des Gemeinderats weiterhin unterstützt werden, anstatt mit 150 000 aber nur noch mit 75 000 Franken.

Keine Steuererhöhung

Es bleibe dabei, dass die Variante A mit Steuererhöhung zu bevorzugen sei, betonte Silvia Steidle vor der Schlussabstimmung. Das Parlament jedoch widersprach: Die Grünen und die SP stimmten der Variante mit Steuererhöhung zu und unterlagen den anderen, die mit 35 Ja geschlossen dagegen stimmten. Die SP verlangte daraufhin eine Pause, damit die Fraktionen das weitere Vorgehen beschliessen könnten.

Der Vorschlag der SP war dann überraschend: Sie will beide Varianten dem Volk vorlegen, damit dieses über die Steuererhöhung entscheiden lassen und dennoch ein Budget garantieren. Die Grünen wiesen das zurück, ebenso die SVP. Von Seiten BVP und GLP hiess es gar, eine Variante-Abstimmung sei nicht möglich, dem widersprach Stadtpräsident Erich Fehr. Noch einmal besprachen sich die Fraktionen, worauf die SP den Antrag wieder zurückzog. Schliesslich wurde die Variante ohne Steuererhöhung mit 28 zu 23 Stimmen bei fünf Enthaltungen beschlossen.

Öffentliche Toiletten sollen geschlossen werden

- Der Stadtrat hat die Reinigungskosten für die öffentlichen Toiletten aus dem Budget gestrichen. Stimmt die Bevölkerung dem Budget im November zu, werden die WC-Anlagen 2014 geschlossen. Der Antrag der Grünen, auf diese Sparmassnahme zu verzichten, hatte keine Chance.
- Die Grünliberalen möchten dafür das in Deutschland bekannte Konzept der "Netten Toilette" umsetzen. Die Idee: Gastronomiebetriebe stellen ihre WC-Anlagen gegen ein Entgelt oder gar gratis öffentlich zur Verfügung.

Lesen Sie hier den ersten Teil der Bieler Spardebatte vom Mittwoch Abend.